

AUFRUF AN BUNDESTAG UND BUNDESREGIERUNG

Verstrickung Saudi-Arabiens in den internationalen Terrorismus untersuchen

Die Rolle Saudi-Arabiens bei den Terrorangriffen vom 11. September 2001 ist gegenwärtig Thema Nr. 1 in den USA. Fast alle führenden Medien, angefangen mit der CBS-Sendung „60 Minutes“ (10.4.2016) und führende Abgeordnete und Senatoren beider Parteien forderten in den letzten Wochen von Präsident Obama, endlich die 28 Seiten des „Gemeinsamen Kongreßberichtes über 9/11“* von 2002 freizugeben, in denen es um die saudische Rolle bei den Anschlägen geht. In den deutschen Medien hört man bisher fast nichts darüber.

Angesichts zunehmender Warnungen vor Terroranschlägen auch in Deutschland und der fortgesetzten Unterstützung Saudi-Arabiens für islamistische Terrorgruppen in Syrien, Irak, Libyen, Jemen, seiner Sabotage friedlicher Lösungen und den daraus resultierenden Flüchtlingskrisen, ist es entscheidend, jetzt das volle Ausmaß der saudischen Verwicklung in 9/11 offenzulegen und diese Politik, die vor allem seit Jahrzehnten von Großbritannien gefördert wird (Stichwort „al Yamamah“) endlich zu stoppen. Wie der damalige Vorsitzende der o.g. Untersuchungskommission zu den Terroranschlägen von 9/11, Senator Bob Graham, betont, hätte es bei einer vollen Aufdeckung und Veröffentlichung dieser Dokumente solche Terrorangriffe wie gegen Charlie Hebdo niemals gegeben.

Wir fordern Sie als Bundestagsabgeordnete auf, zur Sicherung unserer sicherheits- und außenpolitischen Interessen sofort einen Untersuchungsausschuß zur sau-

dischen Rolle bei 9/11 einzurichten, sich alle verfügbaren Dokumente dazu zu beschaffen sowie wichtige Zeugen aus den USA vorzuladen, wie beispielsweise Vertreter der Opferfamilien, Ex-Senator Bob Graham, andere Abgeordnete und Sicherheitsexperten. Ferner sollen alle sicherheitsrelevanten Untersuchungen über die saudische Involvierung in terroristische Aktivitäten bezüglich 9/11 und darüber hinaus, die nach 2001 auf äußeren Druck in Deutschland gestoppt wurden, wiederaufgenommen werden. Die Bundesregierung muß über die ihr zur Verfügung stehenden offiziellen Kanäle von US-Präsident Obama die sofortige Veröffentlichung der „28 Seiten“ fordern sowie jegliche Unterstützung für die radikalislamistische Politik Saudi-Arabiens beenden und dies auch von London, Washington und Ankara verlangen.

Die Mitglieder der Bundesregierung haben geschworen, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden, und die Abgeordneten als gewählte Volksvertreter sind ebenfalls dazu verpflichtet. Bei einer fortgesetzten Vertuschung aus geopolitischen Gründen besteht eine unmittelbare Gefahr für den Weltfrieden. Die Veröffentlichung der 28 Seiten ist der einfachste Weg, jetzt endlich die internationalen Netzwerke trockenzulegen, die für die jahrzehntelange Ausbreitung des internationalen islamistischen Terrors verantwortlich sind und so – gemeinsam mit den Nationen der Region sowie Rußland, China und Indien – die Grundlage zu einer Politik „Frieden durch Entwicklung“, einer Globalen Entwicklungspartnerschaft zu legen.

Weitere Informationen zum Thema:

- *9/11: Enthüllungen über Verwicklung Saudi-Arabiens lassen sich nicht mehr unterdrücken*, bueso.de/node/8576
- *Washington muß 28 Seiten über saudische Rolle bei 9/11 freigeben!*, bueso.de/node/8571

* Kongreßbericht über Aktivitäten der Geheimdienste vor und nach den terroristischen Anschlägen des 11. September 2001: „The Joint Inquiry into Intelligence Community Activities before and after the Terrorist Attacks of September 11, 2001“, fas.org/irp/congress/2002_rpt/911rept.pdf

Liebe Leser, bitte helfen Sie mit diesen Aufruf weitmöglichst zu verbreiten. Wenden Sie sich direkt an Ihre/n Bundestagsabgeordnete/n und verlangen Sie von ihnen, daß sie entsprechend des Aufrufs aktiv werden. Kontaktdaten finden Sie auf www.bundestag.de/abgeordnete.


BUNDESGESCHÄFTSSTELLE: 06131-237384 • info@bueso.de
Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Postfach 22 11 28, 55050 Mainz

Berlin: 030-8023405 • Sachsen: 0351-4278140 • Bayern: 089-7254011 • Baden-Württemberg: 0711-71943387
Hamburg: 040-18200658 • Hessen: 0611-7169744 • Niedersachsen: 0163-7774034 • NRW: 0201-3619753

Herausgegeben von der Bürgerrechtsbewegung Solidarität, Bundesgeschäftsstelle, PF 221128, D-55050 Mainz
V.f.d.l.: Elke Fimmen, c/o BüSo, Postfach 221128, 55050 Mainz – Eigendruck im Selbstverlag, April 2016

 BueSoDeutschland

 @Bue_So

 c/BüSoTV



Dieser Aufruf online: bueso.de/node/8582